

Memorial

des

Großherzogthums Luxemburg.



MEMORIAL

DU

GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG.

Samstag, 28. August 1858.

N^o 20.

SAMEDI, 28 août 1858.

König-Großherzogl. Beschluß vom 6. August 1858, die Uebereinkunft mit Preußen in Bezug auf den Verkehr mit Branntwein betreffend.

Wir **Wilhelm III.**, von Gottes Gnaden, König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau, Großherzog von Luxemburg, &c., &c., &c.

Haben;

Nach Einsicht des Gesetzes vom 22. Dezember 1854, und des Art. 2 des Gesetzes vom 23. Januar 1854;

Auf den Bericht Unseres Staatsministers, Präsidenten der Regierung, u. Unseres General-Direktors der Justiz und der Finanzen;

Nach Einsicht der diesem Berichte beigefügten gemeinschaftlichen Deliberation der Regierung;

Beschlossen und beschließen:

Art. 1.

Nachdem die zwischen dem Großherzogthum Luxemburg und Preußen in Bezug auf den Verkehr mit Branntwein abgeschlossene Uebereinkunft ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden ausgetauscht worden sind, ist der dispositive Theil derselben in das Memorial hinter diesem Beschlusse einzurücken, um nach Form und Inhalt vollzogen und befolgt zu werden.

Arrêté royal grand-ducal du 6 août 1858, concernant la convention avec la Prusse au sujet du commerce d'eau-de-vie.

Nous **GUILLAUME III.**, par la grâce de Dieu, Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, etc., etc., etc.;

Vu la loi du 22 décembre 1854 et l'art. 2 de la loi du 23 janvier 1854;

Sur le rapport de Notre Ministre d'État, Président du Gouvernement, et de Notre Directeur-général de la justice et des finances;

Et vu la délibération y jointe prise par le Gouvernement en conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}.

La convention conclue entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Prusse, au sujet du commerce d'eau-de-vie, étant ratifiée, et les actes de ratification étant échangés, le dispositif en sera inséré au Memorial à la suite du présent arrêté, pour être exécuté et observé selon sa forme et teneur.

Art. 2.

Unser Beschluß vom 22. Dezember 1854, die Uebergangs Abgabe betreffend, soll in Kraft bleiben, soweit er nicht durch den genannten Vertrag abgeändert ist.

Art. 3.

Unser Staatsminister, Präsident der Regierung, und Unser General-Direktor der Justiz u. der Finanzen sind, jeder so weit es ihn betrifft, mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Wiesbaden, den 6. August 1858.

Wilhelm,

Durch den König-Großherzog:

Der Staatsmin., Prä-
sident der Regierung,
SIMONS,

Der Gen.-Direct. der Ju-
stiz u. der Finanzen,
B. AUGUSTIN.

Der Sekretär für die
Angel. des Großherz.,
G. D'OLIMART.

Art. 2.

Notre arrêté du 22 décembre 1854 sur le droit dit «Uebergangsabgabe» reste en vigueur en ce qu'il n'y est pas dérogé par ladite convention.

Art. 3.

Notre Ministre d'État, Président du Gouvernement, et Notre Directeur-général de la justice et des finances sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent.

Wiesbaden, le 6 août 1858.

GUILLAUME.

Par le Roi-Grand-Duc :

Le Ministre d'État,
Prés. du Gouvernement,
SIMONS.

Le direct.-gén. de la jus-
tice et des finances,
G. AUGUSTIN.

Le Secrétaire pour
les affaires du Grand-
Duché,
G. D'OLIMART.

Dispositiver Theil

der mit Preußen in Bezug auf den Verkehr mit Branntwein abgeschlossenen Uebereinkunft.

1° Zwischen der Königlich Großherzoglich, Luxemburgischen Regierung und der Königlich Preussischen Regierung wird die im Separat-Artikel 13 zum Vertrage vom 8. Februar 1842 verabredete Gemeinschaft bezüglich der Uebergangs-Abgabe für Branntwein, soweit nicht die Uebergangs-Abgabe in Preußen von dem aus Luxemburg übergegangenen und in Luxemburg von dem aus Preußen oder aus den mit Preußen wegen der Branntweinsteuer in Gemeinschaft stehenden Zollvereins-Staaten übergeführten Branntwein erhoben worden ist, ferner fortbestehen und demgemäß auch für die vergangenen Jahre die Abrechnung erfolgen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Bei der Vertheilung der Uebergangs-Abgabe wird nach Maßgabe der unter den Zollvereins-Staaten über die Aufnahme der Bevölkerung bestehenden Verabredungen die Preussische Garnison in Luxemburg, mit Einschluß der Angehörigen der Militärpersonen, der Preussischen Bevölkerung beigezählt.

2° Nach Maafgabe der Verabredungen in dem Art. 8 des Vertrages vom 8. Februar 1842 bewendet es auch, obgleich der Branntwein gegenwärtig in Preußen höher besteuert ist als in Luxemburg, dabei daß beim Uebergange von Branntwein aus Preußen und den wegen der Branntweinsteuer mit Preußen in Gemeinschaft stehenden Vereins-Staaten nach Luxemburg oder aus Luxemburg nach Preußen u. s. w.,

a) Denjenigen, welche Branntwein überführen eine Rückvergütung an Branntwein-Steuer nicht gewährt wird, und daß

b) Gegenseitig die Erhebung von Uebergangs-Abgaben unterbleibt, sofern die Betheiligten über den zu versendenden Branntwein im Lande der Versendung einen Uebergangsschein entnehmen und die daraus erwachsenden Verpflichtungen erfüllen.

Branntwein, welcher ohne Uebergangsschein von Preußen und von den mit Preußen wegen der Branntweinsteuer in Gemeinschaft stehenden Vereinsstaaten nach Luxemburg oder umgekehrt, oder nach Luxemburg aus Vereinsstaaten, welche zwar mit Preußen wegen des Branntweins in freiem Verkehr, nicht aber wegen der Branntweinsteuer in Gemeinschaft stehen, sei es mit oder ohne Uebergangsschein oder eben so aus Luxemburg nach solchen Vereinsstaaten übergeführt wird, unterliegt der Uebergangs-Abgabe und den für den Verkehr mit Uebergangsabgabepflichtigen Gegenständen bestehenden Vorschriften, vorbehaltlich der Abgabefreiheit für ausländische Erzeugnisse deren der Vertrag über die Fortdauer und Erweiterung des Zollvereins vom 4. April 1853 in Art. 11 unter Nr. 1 gedenkt.

Für den Fall, daß der unter den vorgedachten Maafgaben Statt findende freie Verkehr in Branntwein erhebliche Einfuhren des geringer besteuerten Luxemburgischen Branntweins nach Preußen dauernd und auf eine den Betrieb Preussischer Brennereien gefährdende Weise zur Folge haben möchte, behält die Königlich Preussische Regierung sich vor, von dem übergehenden Luxemburgischen Branntwein für gemeinschaftliche Rechnung von Preußen und den mit Preußen wegen der Branntweinsteuer in Gemeinschaft stehenden Vereinsstaaten an Ausgleichungs-Abgabe, den dritten Theil der in Preußen bestehenden Malzsteuer zu erheben. Dem Ermessen der Königlich Preussischen Regierung soll anheimgestellt bleiben, ob und wann diese Anordnung zu treffen, so wie auch welcher Betrag an Malzsteuer als auf einen Quart Branntwein zu 50 % Alkohol rubend anzunehmen sei.

3° Für den Branntwein, welcher von Preußen und den mit Preußen wegen der Branntweinsteuer in Gemeinschaft stehenden Vereinsstaaten aus dem freien Verkehr auf Uebergangsscheine (Nr. 2 b) nach Luxemburg übergeführt wird, soll die jeweiligen in Preußen bestehende Steuervergütung für ausgehenden Branntwein, welche nach der Verabredung zu 2 a den Versendern nicht zu Theil wird, von Seiten der Königlich Preussischen Regierung auf gemeinschaftliche Rechnung von Preußen und den mit Preußen wegen der Branntweinsteuer in Gemeinschaft stehenden Vereinsstaaten, an die Königlich Großherzoglich Luxemburgische Regierung gezahlt werden. Von der Branntwein-Menge, für welche diese Zahlung der Luxemburgischen Regierung zu gewähren sein würde, sind jedoch diejenigen Mengen an Branntwein abzusetzen, welche von Luxemburg mit Uebergangsscheinen nach Preußen oder nach anderen Zollvereins-Staaten, oder welche nach dem Auslande im Gegensatze des Zollvereins ausgeführt werden. Auch soll nach dem Verhältnisse des

Verbrauchs der Preussischen Garnison in Luxemburg eine entsprechende Brauntwein-Menge in Abzug kommen.

Welcher Betrag an Ausfuhr-Vergütung in Aufsatz zu bringen ist, richtet sich nach dem Vergütungsätze der zur Zeit der Erledigung der Uebergangsscheine gültig ist.

Zur Ausführung dieser Bestimmungen soll folgendes Verfahren eintreten :

a) Die Ausfertigung der Uebergangsscheine erfolgt im Lande der Versendung und die Erledigung im Lande der Bestimmung von denjenigen Behörden, welche zur Ausfertigung und Erledigung von Uebergangsscheinen ermächtigt sind oder künftig ermächtigt werden.

Im Großherzogthum Luxemburg werden die ebengedachten Abfertigungen denjenigen beigezählt, welche zu dem Geschäftsbereiche der Zolldirektion so wie des Haupt-Zoll-Amts gehören, so daß solche unter deren Aufsicht und Leitung stehen.

Mit den erforderlichen Wage-Anstalten und Instrumenten wird jede der beteiligten Regierungen die Behörden ihres Landes versehen.

b) Wird Brauntwein von Preußen oder den mit Preußen wegen der Brauntwein-Steuer in Gemeinschaft stehenden Zollvereins-Staaten nach Luxemburg versendet, oder umgekehrt, so kann der Uebergangsschein ohne Feststellung der Menge und Stärke des Brauntweins auf Grund der Anmeldung erteilt werden; jedoch erfolgt die Anlegung des Siegel-Verschlusses. Am Bestimmungsorte wird die Menge und Alkohol-Stärke des Brauntweins in der Art festgestellt, wie dies Bedarfs Erlangung der Ausfuhr-Vergütung nach den jeweiligen in Preußen bestehenden Vorschriften geschehen muß.

Bei der Ausfertigung und Erledigung von Uebergangsscheinen über Brauntwein, welcher aus Preußen oder andern wegen der Brauntwein-Steuer mit Preußen in Gemeinschaft stehenden Vereinststaaten durch Luxemburg, oder aus Luxemburg durch Preußen u. s. w. geführt werden soll, behält es bei den bestehenden allgemeinen Vorschriften sein Bewenden.

c) Brauntwein, welcher von Luxemburg nach dem Auslande im Gegenseite von Zollvereins-Staaten ausgeführt wird, darf, wenn er in Fässern zur Versendung gelangt, nur über Neben-Zoll-Ämter I und II Klasse ausgehen, und es wird daselbst dessen Menge und Alkohol-Stärke nach Tralles auf die zu b bezeichnete Weise festgestellt, auch der Ausgang überwacht oder sofern das Amt nicht unmittelbar an der Grenze liegt, in dem zu erteilenden Legitimationscheine die Frist für den Ausgang vorgeschrieben.

Brauntwein in Flaschen, Krufen und ähnlichen Gefäßen ist entweder dem Ausgangs-Amt oder einer Legitimations-schein-Ausfertigungs-Stelle mündlich anzumelden und vorzuführen. Die Menge wird durch Befichtigung geprüft, die Stärke aber zu 50 % Alkohol nach Tralles angenommen. Die betreffende Abfertigungsstelle überwacht entweder den Ausgang oder erteilt einen Legitimationschein mit Feststellung der Transportfrist.

d) Der Alkoholgehalt von Liqueuren wird stets zu 50 Prozent nach Tralles angenommen.

e) Von Seiten der betreffenden Abfertigungs-Stellen in Luxemburg werden über den Eingang von Brauntwein auf Uebergangsscheine und über die Brauntwein-Ausfuhr auf Uebergangsscheine

und ohne solche — soweit im letztern Fall diese Ausfuhr nicht nach Preußen erfolgt — nach näherer Anweisung der Zolldirektion Notizregister geführt, welche die Menge und Stärke des ein- und ausgeführten Branntweins ersehen lassen.

Ueber Branntwein-Mengen, welche von Luxemburg nach Preußen ohne Uebergangsschein gelangen und von einer Preussischen Uebergangs-Abfertigungsstelle an der Zwischengrenze einen Uebergangsschein zur Durchfuhr erhalten, sollen in Preußen ebenfalls Notizregister geführt werden.

f) Diese von den Luxemburgischen Abfertigungs-Stellen geführten Notizregister sind der Zolldirektion mit den erforderlichen Belägen durch das Haupt-Zoll-Amt zu Luxemburg einzureichen, und es wird auf Grund derselben und der Mittheilungen des Provinzial-Steuer-Directors zu Köln über die zu e gedachten Notirungen bei Preussischen Uebergangs-Abfertigungs-Stellen an der Zwischengrenze und mit Beachtung des Umstandes, daß Branntwein, welcher ohne Uebergangsschein von Preußen nach Luxemburg gelangt, von einer Luxemburgischen Uebergangs-Abfertigungsstelle an der Zwischengrenze aber auf Uebergangsschein zur Durchfuhr abgefertigt sein möchte, als in Luxemburg eingegangen nicht in Anzäh kommt, und daß fremde Branntweine, welche auf Grund der zu 2 b gedachten vertragsmäßigen Abrede gegenseitig abgabefrei zugelassen werden müssen, ganz außer Betracht bleiben, nach dem Ablaufe jedes Jahres von der Zolldirektion eine Nachweisung aufgestellt, aus welcher die Menge des auf Uebergangsscheine von Preußen (einschließlich der mit demselben wegen der Branntweinsteuer in Gemeinschaft stehenden Vereins-Staaten) nach Luxemburg übergegangenen Branntweins zu übersehen ist, und von dieser Branntwein-Menge sich abgesetzt findet der von Luxemburg

- aa) auf Uebergangsschein nach Preußen oder nach anderen Zollvereins-Staaten geführte, so wie
- bb) der nach dem Auslande, im Gegenseite des Zollvereins ausgeführte Branntwein, endlich aber
- cc) für den Verbrauch der Preussischen Garnison in Luxemburg eine Branntwein-Menge, welche sich berechnet, wenn für jeden Kopf der Garnison (mit Ausschluß der Angehörigen der Militärpersonen) ein Verbrauch von zwölf Quart Branntwein zu 50 Prozent nach Tralles für das Jahr angenommen wird.

Die in Betracht kommenden verschiedenen Branntwein-Mengen sind auf Preussische Quarte zu 50 Prozent nach Tralles zu reduciren.

Schließlich aber wird berechnet, wieviel an Steuer-Vergütung für den übergegangenen Branntwein, nach Abzug der zu aa — cc bezeichneten Mengen zu entrichten sein würde.

Diese Nachweisung wird dem Königlich Preussischen Finanz-Ministerium vorgelegt, um auf Grund derselben die der Königlich Großherzoglich Luxemburgischen Regierung zukommende Summen zur Zahlung anzuweisen.

4° Die bisher noch unerledigten Fälle, in denen von Branntwein, welche aus anderen Vereins-Staaten nach Luxemburg gelangte, einerseits die für gemeinschaftliche Rechnung bestehende, andererseits die für besondere Rechnung Luxemburgs angeordnete Uebergangs-Abgabe gefordert worden ist, sollen ihre Erledigung dadurch erhalten, daß die zuletzt gedachte Abgabe erlassen oder zu-

rückgezahlt wird, die für gemeinschaftliche Rechnung bestehende Abgabe aber erhoben wird oder bleibt.

5° So weit die von der Zolldirektion aufzustellende Nachweisung (N^o. 3 f) ergeben möchte, daß ohne Berücksichtigung der unter lit. f aa — cc erwähnten Abzüge mehr Branntwein von Luxemburg nach Preußen als von Preußen nach Luxemburg auf Uebergangsscheine übergeführt worden ist, wird für jedes mehr übergeführte Quart zu 50 Prozent Alkohol nach Tralles Luxemburgischer Seits an Preußen ein dem Verhältniß der Luxemburgischen zu der Preussischen Branntwein-Steuer entsprechender Betrag, für jezt von 2/3 der jeweiligen Preussischen Steuervergütung für ausgehenden Branntwein gezahlt.

6° Diese Vereinbarung soll zwar für die Dauer des Vertrages vom 26 — 31 Dezember 1853 verbindlich sein, jedoch außer Anwendung treten, sobald die Brauntweinsteuer in Luxemburg gesetzlich nicht mehr niedriger ist als in Preußen. In diesem Falle tritt der völlig freie Verkehr mit Branntwein nach Maßgabe der vertragsmäßigen Abreden ein, sobald die Brauntweinsteuer in Preußen und Luxemburg gesetzlich gleich hoch gestellt ist.

Sollte die Gewährung einer Vergütung für ausgehenden Branntwein in Preußen vollständig oder zeitweise eingestellt werden, so tritt diese Vereinbarung dadurch im erstgedachten Falle gänzlich, in dem zweiten Falle für die Dauer der Suspension der Ausfuhr-Vergütung außer Kraft. Es wird jedoch vorbehalten, in diesen Fällen weitere Vereinbarung zu treffen.

7° Preussischer Seits wird die Zustimmung der beteiligten Vereins-Staaten zu dieser Vereinbarung in Antrag gebracht werden, und erst nach Ertheilung dieser Zustimmung wird die gedachte Vereinbarung Verbindlichkeit erlangen. Sobald Preussischer Seits über diese Zustimmung der Königlich Großherzoglich Luxemburgischen Regierung Mittheilung gemacht und die Ratification der Vereinbarung erfolgt sein wird, soll die Erhebung der für besondere Rechnung Luxemburgs eingeführten Uebergangs-Abgabe von solchem Branntwein, welcher aus Vereins-Staaten übergeht, die mit Preußen wegen der Branntwein-Steuer nicht in Gemeinschaft stehen, eingestellt werden, wogegen die übrigen Verabredungen der gegenwärtigen Vereinbarung erst nach Ablauf von zehn Wochen in Vollzug gesetzt werden sollen.

Für gleichlautenden Auszug,

Der General-Director der Justiz und der Finanzen,

B. Augustin.

Bekanntmachung.

Luxemburg, den 24. August 1858.

Nach Art. 7 der vorstehenden Uebereinkunft wird im diesseitigen Staate von solchem Branntwein, welcher aus Vereinstaaen eingeht, die mit Preußen wegen der Branntweinsteuer nicht in Gemeinschaft, noch sonst in freiem Verkehre stehen, und welcher daher der im Art. 1 erwähnten gemeinschaftlichen Uebergangsabgabe unterliegt, die für diesseitige alleinige Rechnung zur Erhebung kommende Uebergangsabgabe schon jetzt nicht mehr erhoben.

Dagegen sollen, demselben Art. 7 zufolge, die übrigen Verabredungen erst nach Ablauf von zehn Wochen, vom Tage der Ratification an gerechnet, in Vollzug gesetzt werden. Zur genauern Bestimmung dieses Termins ist derselbe, im Einverständnisse mit dem Königlich Preussischen Finanz-Ministerium, auf den ersten October d. J. festgesetzt worden.

Bis dahin wird mithin von jedem, aus Preußen oder mit Preußen wegen des Branntweins in Steuergemeinschaft oder in freiem Verkehre stehenden Vereinstaaen eingehenden Branntweine, die Uebergangsabgabe in Gemäßheit des Königlich Großherzoglich Beschlusses vom 22ten December 1854 (Mem. S. 151) und der auf Grund desselben erlassenen Anordnungen, diesseits noch erhoben werden.

Zum Verständnisse der vorbezogenen Uebereinkunft wird in Bezug auf das Verhältniß der übrigen Zollvereinstaaen zu Preußen Nachstehendes bemerkt:

I. In Branntweinsteuergemeinschaft mit Preußen stehen folgende Zollvereinstaaen beziehungsweise Theile derselben:

- a) Die Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Ortschaften Rossow, Negeband und Schöneberg;

Avis.

Luxembourg, le 24 août 1858.

Conformément à l'art. 7 de la convention qui précède, le Gouvernement grand-ducal a déjà cessé de percevoir pour son compte exclusif l'*Uebergangsabgabe* sur l'eau-de-vie qui, provenant d'États du Zollverein lesquels ne sont avec la Prusse, par rapport à l'eau-de-vie, ni en communauté d'impôts, ni en libres relations de commerce, est déjà assujétie à l'*Uebergangsabgabe* pour compte commun, d'après l'art. 1^{er} de la convention.

Par contre, les autres stipulations ne doivent, aux termes de l'art. 7, être mises à exécution que dix semaines après la ratification. Ce terme a été, par une détermination plus exacte, fixé au *premier octobre* prochain, de commun accord avec le ministère des finances de Prusse.

Jusque-là toute eau-de-vie introduite de la Prusse ou d'États de l'Union qui sont avec la Prusse, par rapport à l'eau-de-vie, en communauté d'impôts ou en libres relations de commerce, reste assujétie à l'*Uebergangsabgabe* perçue pour compte exclusif du Grand-Duché en conformité de l'arrêté royal grand-ducal du 22 décembre 1854 (Mém. p. 151) et des dispositions prises en exécution dudit arrêté.

Pour l'intelligence de la convention dont il s'agit, je fais suivre les indications ci-après sur les rap-lesquels la Prusse se trouve avec les autres États de ports dans l'Union.

I. En communauté d'impôts avec la Prusse pour l'eau-de-vie sont les états ou parties d'états suivants:

- a) Les localités de Rossow, Netzeband et Schöneberg, dépendant du Grand-Duché de Mecklenburg-Schwerin;

- | | |
|--|--|
| <p>b) das Fürstenthum Lippe nebst den Fürstlich Lippe'schen Ortschaften Lipperode, Cappel und Grünenhagen;</p> <p>c) das Landgräflich Hessen-Homburg'sche Oberamt Meisenheim;</p> <p>d) die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont;</p> <p>e) die Königlich Hannoversche Grafschaft Hohenstein und das Amt Elbingerode;</p> <p>f) das Herzogthum Braunschweig'sche Fürstenthum Blankenburg, das Hauptsteueramt Walkenried und das Amt Calvörde;</p> <p>g) das Herzogthum Anhalt-Bernburg;</p> <p>h) das Herzogthum Anhalt-Dessau-Cöthen;</p> <p>i) die Großherzoglich Sächsischen Ämter Alstedt und Oldisleben, sowie</p> <p>k) das Herzoglich Sachsen-Coburg Gotha'sche Amt Volkenrode;</p> <p>l) die Fürstlich Schwarzburg-Sondershausen'sche Unterherrschaft;</p> <p>m) die Fürstlich Schwarzburg-Rudolstadt'sche Unterherrschaft;</p> <p>n) das Fürstenthum Birkenfeld;</p> <p>o) die Grafschaft Schaumburg;</p> <p>p) das Königreich Sachsen, und</p> <p>q) der Thüringische Zoll- und Handelsverein, welcher aus folgenden Staaten resp. Staatstheilen besteht:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Preussischen Kreisen Erfurt, Schleusingen, Ziegenrück und den Dörfern Kischlitz und Mollschütz; 2. dem Kurfürstlich Hessischen Kreise Schmalkalden; 3. dem Großherzogthum Sachsen ausschließlich der bereits ad i genannten Ämter; | <p>b) La principauté de Lippe avec les localités de Lipperode, Cappel et Grünenhagen;</p> <p>c) Le grand-bailliage de Meisenheim, dépendant du landgraviat de Hesse-Hombourg;</p> <p>d) Les principautés de Waldeck et de Pyrmont;</p> <p>e) Le comté hannovrien de Hohenstein et le bailliage d'Elbingerode;</p> <p>f) La principauté brunswickoise de Blankenburg, l'agence principale de contribution de Walkenried et le bailliage de Calvörde;</p> <p>g) Le duché d'Anhalt-Bernbourg;</p> <p>h) Le duché d'Anhalt-Dessau-Cöthen;</p> <p>i) Les bailliages d'Alstedt et d'Oldisleben, dépendant du Grand-Duché de Saxe;</p> <p>k) Le bailliage de Volkenrode, dépendant du duché de Saxe-Coburg-Gotha;</p> <p>l) La sous-seigneurie de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen;</p> <p>m) La sous-seigneurie de la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt;</p> <p>n) La principauté de Birkenfeld;</p> <p>o) Le comté de Schaumbourg;</p> <p>p) Le royaume de Saxe;</p> <p>q) L'union de douane et de commerce de la Thuringe, se composant des états ou partie d'états suivants:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Les cercles prussiens d'Erfurt et de Schleusingen, Ziegenrück et les villages de Kischlitz et Mollschütz; 2. Le cercle de Schmalkalde, de l'électorat de Hesse; 3. Le grand-duché de Saxe, à l'exclusion des bailliages désignés ci-dessus sous la lettre i. |
|--|--|

4. Dem Herzogthum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen;

5. Herzogthum Sachsen-Altenburg;

6. Herzogthum Sachsen-Coburg;

7. Herzogthum Sachsen-Gotha mit Ausschluß des zu k benannten Amtes Volkenrode;

8. Fürstlich Schwarzburg-Sondershausen'scher Oberherrschaft;

9. Fürstlich Schwarzburg-Rudolstadt'scher Oberherrschaft;

10. den Fürstenthümern Reuß (älterer und jüngerer Linie), und

11. der Bayerischen Ortschaft Kaulsdorf.

II. In keiner Steuergemeinschaft, doch im freien Verkehr das Herzogthum Braunschweig doch mit Ausschluß der zu I f benannten Theile.

III. In keiner Steuerverbindung und auch nicht in freiem Verkehr:

a) das Königreich Bayern (ausgenommen die Ortschaft Kaulsdorf, I q 11);

b) das Königreich Hannover mit Ausschluß der zu I e benannten Gebiete;

c) das Königreich Württemberg;

d) das Großherzogthum Baden;

e) das Kurfürstenthum Hessen (ausgenommen die Gebiete I q 2);

f) das Großherzogthum Hessen;

g) das Herzogthum Nassau;

h) das Herzogthum Oldenburg;

i) das Fürstenthum Schaumburg-Lippe;

k) die freie Stadt Frankfurt a/M.

Der General-Director der Justiz und
der Finanzen,
W. Augustin.

4. Le duché de Saxe-Meiningen-Hildburghausen;

5. Le duché de Saxe-Altenbourg;

6. Le duché de Saxe-Cobourg;

7. Le duché de Saxe-Gotha à l'exclusion du bailiage de Volkenrode mentionné sous la lettre k.

8. La seigneurie supérieure de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen;

9. La seigneurie supérieure de la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt;

10. Les principautés de Reuss (branche aînée et cadette);

11. La localité bavaroise de Kaulsdorf.

II. En libres relations de commerce avec la Prusse pour l'eau-de-vie, mais non en communauté d'impôts se trouve le duché de Brunswick, à l'exception des portions de territoire mentionnées ci-avant sous le chiffre I. f.

III. Ne sont pas en communauté d'impôts ni en libres relations de commerce avec la Prusse par rapport à l'eau-de-vie:

a) Le royaume de Bavière, sauf la localité de Kaulsdorf (I q 11);

b) Le royaume de Hanovre, à l'exception des territoires désignés ci-avant (I e);

c) Le royaume de Wurtemberg;

d) Le grand-duché de Bade;

e) L'électorat de Hesse, excepté les territoires mentionnés plus haut (I q 2);

f) Le grand-duché de Hesse;

g) Le duché de Nassau;

h) Le duché d'Oldenbourg;

i) La principauté de Schaumbourg-Lippe;

k) La ville libre de Francfort s/M.

Le Directeur-général de la justice
et des finances,
G. AUGUSTIN.

Beilage zur Nr. 20.

König (Großherzoglicher Beschluß vom 25. August 1858, durch welchen die Art. 1 und 3 des allgemeinen Reglements zur Vollziehung des Gesetzes über den höheren und mittleren Unterricht abgeändert werden.

Wir Wilhelm III, von Gottes Gnaden, König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau, (Großherzog von Luxemburg), *rc., rc., rc.*
haben;

Nach Einsicht der Art. 1 und 5 des Reglements vom 24. Januar 1850 zur Vollziehung des Gesetzes über den höheren und mittleren Unterricht;

Auf den Bericht Unseres Staatsministers, Präsidenten der Regierung, und nach Einsicht der diesem Berichte beigefügten gemeinschaftlichen Deliberation der Regierung;

Beschlossen und beschließen:

Art. 1.

Vom 1. October d. J. an soll die Gewerbschule des Athénäums fünf Classen begreifen, und die mittlere und Gewerbschule zu Echternach soll in drei Classen Curse der alten Sprache umfassen.

Art. 2.

In den beiden untern Classen der Gewerbschule sollen alle Curse zu gleicher Zeit obligatorisch sein.

Was die drei oberen Classen der Gewerbschule, sowie die Abtheilung der mathematischen und Naturwissenschaften in den Obercursen betrifft, so soll unser General-Director, zu dessen Wirkungskreis dieser Dienstzweig gehört, die Curse bestimmen, welche obligatorisch für alle Schüler einer jeden dieser Classen sein werden.

Art. 3.

Unser Staatsminister, Präsident der Regierung, ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Haag, den 25. August 1858.

Für den König-Großherzog:

Arrêté royal grand-ducal du 25 août 1858, portant modification des art. 1 et 3 du règlement général pour l'exécution de la loi sur l'enseignement supérieur et moyen.

Nous GUILLAUME III, par la grâce de Dieu, Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, etc., etc., etc.;

Vu les art. 1 et 5 du règlement du 24 janvier 1850, pour l'exécution de la loi sur l'enseignement supérieur et moyen;

Sur le rapport de Notre Ministre d'État, président du Gouvernement et vu la délibération y annexée prise par le Gouvernement en conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}.

A partir du 1^{er} octobre prochain, l'école industrielle de l'Athénée comprendra cinq classes; et l'école moyenne et industrielle d'Echternach comprendra des cours de langues anciennes en trois classes.

Art. 2.

Dans les deux classes inférieures de l'école industrielle tous les cours sont simultanément obligatoires.

Pour les trois classes supérieures de l'école industrielle, et pour la section des sciences des cours supérieurs, Notre directeur-général ayant ce service dans ses attributions, déterminera les cours qui seront obligatoires pour tous les élèves de chacune de ces classes.

Art. 3.

Notre Ministre d'État, président du Gouvernement, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

La Haye, le 25 août 1858.

Pour le Roi Grand-Duc:

Deffen Statthalter im Großherzogthum,

Heinrich,

Prinz der Niederlande.

Der Staatsmin., Präsid.
der Regierung,
Simons.

Durch den Prinzen,
Der Sekretär,
G. d'Olimart.

Son Lieutenant-Représentant dans le
Grand-Duché,

HENRI,

PRINCE DES PAYS-BAS.

Le Ministre d'État, présid.
du Gouvernement,
SIMONS.

Par le Prince:
Le Secrétaire,
G. d'OLIMART.

**König-Großherzogl. Beschluß vom 25. August
1858, betreffend die Benennung und das
Gehalt des Gefangenwärters zu Diekirch.**

Wir **Wilhelm III**, von Gottes Gnaden, Kö-
nig der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau,
Großherzog von Luxemburg, &c., &c., &c.

Haben;

Nach Einsicht Unseres Beschlusses vom 14. Juli
1853 über die Ernennung zu einigen Stellen in
den Gefängnissen;

Nach Einsicht des Art. 11 des Gesetzes vom
25. September 1857 über die öffentlichen Beamten;

Auf den Bericht Unseres General-Directors der
Justiz und der Finanzen vom 6. Juli 1858 und
der diesem Berichte beigefügten gemeinschaftlichen
Deliberation der Regierung;

Beschlossen und beschließen:

Art. 1.

Der Gefangenwärter im Civil- und Militär-
Gefängnisse zu Diekirch soll künftig den Titel
Hausmeister führen.

Art. 2.

Das Gehalt des Hausmeisters dieser Anstalt
ist auf 1000 Fr. bis 1400 Fr. jährlich festgesetzt
und ist von der Regierung näher zu bestimmen.

Art. 3.

Unser General-Director der Justiz und der
Finanzen ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses

**Arrêté royal grand-ducal du 25 août 1858, con-
cernant la dénomination et le traitement du
geôlier des prisons de Diekirch.**

Nous **GUILLAUME III**, par la grâce de Dieu, Roi
des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc
de Luxembourg, etc., etc., etc.;

Revu Notre arrêté du 14 juillet 1853, portant
nomination à quelques emplois dans les prisons;

Vu l'art. 11 de la loi du 25 septembre 1857 sur
les fonctionnaires publics;

Sur le rapport de Notre Directeur-général de la
justice et des finances, en date du 6 juillet 1858, et
vu la délibération y annexée prise par le Gouverne-
ment en Conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}.

Le geôlier de la maison de détention civile et mi-
litaire à Diekirch portera à l'avenir le titre de con-
cierge.

Art. 2.

Le traitement du concierge de cette maison est
de 1000 francs à 1400 francs par an, à régler par
le Gouvernement.

Art. 3.

Notre Directeur-général de la justice et des finan-

beauftragt, welcher in das Memorial eingerückt werden soll.

Haag, den 25. August 1858.

Für den König-Großherzog :
Dessen Statthalter im Großherzogthum,
Heinrich,
Prinz der Niederlande.

Der Gen.-Direkt. der Ju- Durch den Prinzen,
stiz und der Finanzen, Der Sekretär,
B. Augustin, G. d'Olimart.

ces est chargé de l'exécution du présent arrêté qui sera inséré au Mémorial.

La Haye, le 25 août 1858.

Pour le Roi Grand-Duc :
Son Lieutenant-Représentant dans
le Grand-Duché,

HENRI,
PRINCE DES PAYS-BAS.

Le Directeur-gén. de la
justice et des finances,
G. AUGUSTIN.

Par le Prince:
Le Secrétaire,
G. d'OLIMART.

Beschluß, betreffend die Einzahlung der Reliquate außerordentlicher Rechnungsbeamten in die Staatscasse.

Luxemburg, den 21. August 1858.

Der General-Director der Justiz und der Finanzen;

Nach Einsicht des Beschlusses des Regierungs-Collegiums vom 9. August 1844 (Mem. S. 434);

Beschließt;

Art. 1.

Die in die Staatscasse zurückzuzahlenden Reliquate von Summen, welche unterm Vorbehalt der Rechnungsablage dritten Personen zum Zwecke der Zahlung von Staatsausgaben zur Verfügung gestellt worden sind, können in Zukunft bei allen Einnehmern der directen Steuern und der Accisen eingezahlt werden, welche darüber Quittung zu ertheilen und sie unter dem Art. 39 des Budgets der permanenten Einnahmen zu verrechnen haben.

Art. 2.

Dieser Beschluß soll in das Memorial eingerückt werden.

Der vorgenannte General-Director,
B. Augustin.

Arrêté concernant le versement au trésor des reliquats de comptes de comptables extraordinaires.

Luxembourg, le 21 août 1858.

LE DIRECTEUR-GÉNÉRAL DE LA JUSTICE ET DES FINANCES;

Vu l'arrêté du Conseil du Gouvernement du 9 août 1844 (Mém. p. 434);

Arrête :

Art. 1^{er}.

Les reliquats à rembourser au trésor, de sommes qui, sous la réserve de reddition de compte, sont mises à la disposition de tiers pour le paiement de dépenses de l'État, pourront à l'avenir être versés chez tous les receveurs de l'administration des contributions directes et des accises, qui en délivrent quittance et les renseignent dans la comptabilité sous l'art. 39 du budget des recettes permanentes.

Art. 2.

Le présent arrêté sera inséré au Mémorial.

Le Directeur-général susdit,
G. AUGUSTIN.